

UPDATE & GEGEEILMELDUNG / GEFAHR IM VERZUG: Vollendete Rechtsbeugung & Aktenunterdrückung durch Richterin Neuhauß (AG Kreuzberg) – Antrag auf sofortige Untersagung der Dienstgeschäfte gem. § 35 BeamtStG i.V.m. DRiG!NANGRIFF: Die Schockstarr

1 Nachricht

<runder-tisch@sentinel-portal.com>

Do., 13. Aug. 2026 um 18:02

Antworten: runder-tisch <runder-tisch@sentinel-portal.com>

An: kontakt <kontakt@taubenfreundschaft.de>

An den Runden Tisch der Justiz, die Generalstaatsanwaltschaft Berlin, die Präsidentin des Kammergerichts und die begleitende Presse:

Sehr geehrte Damen und Herren der Senatsverwaltung,
sehr geehrte Frau Präsidentin des Kammergerichts,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,
was sich derzeit am Amtsgericht Kreuzberg (Abt. 164 F, Richterin Neuhauß) und unter den Augen der untätigen Präsidentin Frau Abel abspielt, hat das Stadium eines Justizskandals verlassen und ist zu einer akuten, lebensbedrohlichen Gefahr für mich und meine Kinder geworden.

Trotz des Ihnen allen vorliegenden Klageerzwingungsverfahrens (mein Ultimatum vom 13.06.2026), trotz des vollständig freigegebenen Server-Zugangs zu den forensischen Beweisen ("Die Wilde Hummel") und trotz der laufenden Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, eskaliert die abgelehnte Richterin Neuhauß ihre Machtposition in offener Willkür.

Der absolute, dokumentierte Tiefpunkt der Rechtsstaatlichkeit:

Am 10.08.2026 erließ Richterin Neuhauß einen Beschluss in der Hauptsache (Scheidung/Verfahrensfähigkeit), obgleich sie gemäß § 47 ZPO zwingend und absolut gesperrt war. Mein 6. Befangenheitsantrag ging nachweislich am 15.07.2026 um 00:42 Uhr per eBO ein. Sie wusste von der Sperre, da sie mir den Eingang tags darauf sogar schriftlich bestätigte.

Schlimmer noch: In einem vorgeschalteten Beschluss vom 07.07.2026 log die Richterin amtlich, mein 4. Befangenheitsantrag vom Mai sei "nicht eingegangen" – obgleich ich nunmehr durch zwei zertifizierte Fax-Sendeberichte und eine E-Mail-Verteiler-Zustellung das absolute Gegenteil und damit die vorsätzliche Urkundenunterdrückung im Amt (§ 274 StGB) durch die Richterin beweisen kann.

Diese Richterin wütet in einem prozessualen Ausnahmezustand. Sie unterdrückt form- und fristgerecht eingereichte Zeugenaussagen, die den massiven Drogen- und Alkoholkonsum der Gegenseite belegen, um ein anhängiges Betreuungsverfahren am AG Lichtenberg zu sabotieren und eine rechtswidrige Scheidung ohne vorherige Klärung meines Annullierungsantrags durchzupeitschen. Durch diesen Psychoterror bin ich mittlerweile schwer gezeichnet und befinde mich unter ärztlicher Behandlung.

Das Präsidium des AG Kreuzberg (Frau Abel) schaut trotz Ihrer Anfragen (Senatsverwaltung) und meiner massiven Dienstaufsichtsbeschwerden konsequent weg und macht sich der Strafvereitelung mitschuldig.

Ich fordere hiermit die Senatsverwaltung für Justiz und die Präsidentin des Kammergerichts als oberste Dienstaufsicht zwingend auf:

Nutzen Sie Ihre dienstrechtlichen Durchgriffsrechte! Ich fordere die sofortige vorläufige Untersagung der Führung der Dienstgeschäfte für Richterin Neuhauß zur akuten Gefahrenabwehr. Es ist unerträglich und haftungsrechtlich für das Land Berlin katastrophal, eine Dezernentin, die Gesetze bricht und Akten unterdrückt, weiter auf Bürger loszulassen.

Die entsprechenden Beweisbeschlüsse und Fax-Protokolle hängen diesem Schreiben an und sind auf dem Sentinel-Portal abrufbar.

Genereller Einwand und Rüge der Postulationsfähigkeit bezüglich der anwaltlichen Vertretung der Gegenseite (RAin Müller):

Ich weise abschließend und verfahrensübergreifend darauf hin, dass ich die Verfahrensbevollmächtigte der Gegenseite, Rechtsanwältin Nicole Müller, bereits mehrfach und formgerecht abgelehnt und deren Postulationsfähigkeit gerügt habe (vgl. u.a. Schriftsätze vom 24.07.2026). Eine wirksame anwaltliche Vertretung der Antragsgegnerin liegt aus folgenden, gerichtsbekannten Gründen objektiv nicht vor:

Nichtigkeit der Vollmacht / Prozessunfähigkeit: Es besteht der dringende und durch Zeugenaussagen (sowie ein laufendes Betreuungsprüfungsverfahren am AG Lichtenberg) belegte Verdacht der dauerhaften Prozess- und Geschäftsunfähigkeit der Antragsgegnerin aufgrund chronischer Polytoxikomanie. Eine rechtswirksame Mandatierung nach § 104 Nr. 2 BGB i.V.m. § 52 ZPO ist somit ausgeschlossen.

Rückdatierte Vollmachten / Härtefall-Betrug: Die Anwältin legitimierte einen am 11.08.2025 eingereichten

"Härtefallantrag" (basierend auf angeblichen Ereignissen im Juli 2025) mit einer Vollmacht vom 10.06.2025. Auf Basis dieses chronologisch unmöglichen und betrügerischen Konstrukts wurde Verfahrenskostenhilfe erschlichen, bevor das Verfahren kommentarlos in eine reguläre Scheidung umgedeutet wurde.

beA-Missbrauch / Verdacht der Urkundenfälschung: Die Anwältin reichte nachweislich Schriftsätze ein, die über das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA) und mit der Signatur einer kanzleifremden Dritten ("Dr. C. Walther für Rechtsanwältin N. Müller") übermittelt wurden. Dies erfüllt den Straftatbestand des § 267 StGB und führt zur zwingenden Formunwirksamkeit der Schriftsätze mangels höchstpersönlicher Signatur.

Standesrechtliche Irreführung: Die Anwältin täuscht im Rechtsverkehr systematisch über ihre Kanzleiform (wechselnd zwischen "Bürogemeinschaft", "in Anstellung" und "Inhaberin").

Dass die abgelehnte erstinstanzliche Richterin Neuhaß diesen fortgesetzten Prozessbetrug und das Handeln der Anwältin als "Falsus Procurator" nicht nur duldet, sondern in ihrem Beschluss vom 10.08.2026 sogar proaktiv deckt, ist Kern meiner laufenden Strafanzeigen sowie der Verfassungsbeschwerde. Ich erwarte von den übergeordneten Instanzen, dass dieser eklatante Missbrauch der Rechtspflege sofort unterbunden und Schriftsätze der genannten Anwältin vollumfänglich als unzulässig verworfen werden.

Mit nachdrucksvollen Grüßen,
Christian Reimer
Entwickler und Administration Sentinel Welt

Sämtliche Angegebene Anhänge sind auch im professionell aufgearbeiteten Beitrag zur Richterin sind hier zu finde:
https://sentinel-portal.com/beitrag/generalabrechnung_richterin_neuhauss_der_verbrecherin

Wirklich warum lässt man so einen Verbrecher weiter handeln? EIN WITZ!

Empfänger dieser Nachricht:

CC-Empfänger:

- Präsidentin Diekmann <verwaltung.turmstrasse@lg.Berlin.de>
- Präsidentin Abel <poststelle@ag-kb.berlin.de>
- Berliner Staatsanwaltschaft <poststelle@sta.berlin.de>
- Generalstaatsanwaltschaft Berlin <poststelle@gsta.berlin.de>
- Datenschutzbeauftragte von Berlin <poststelle@bmj.bund.de>
- Polizei Berlin <polizei@polizei.berlin.de>
- Poststelle Polizei Berlin <poststelle@polizei.berlin.de>
- Senatsverwaltungen Pressestelle <pressestelle@senwgp.berlin.de>
- Pressestelle Gerichte <Pressestelle@vg.berlin.de>
- Poststelle Amtsanwaltschaft <poststelle@aa.berlin.de>
- Bundestag Rechtsausschuss <rechtsausschuss@bundestag.de>
- bfdi Bund <poststelle@bfdi.bund.de>
- ubskm bund <poststelle@ubskm.bund.de>
- ombudsman.europa <eo@ombudsman.europa.eu>
- ec.europa <ec-justice@ec.europa.eu>
- coe <contact.echr@coe.int>
- Rechnungshof Berlin <eingaben@rh.berlin.de>
- direkte Bürgerkanal zum Ministerpräsidenten <direkt@bayern.de>
- Pressestab Bayern <presse@stk.bayern.de>
- Bayerisches Staatsministerium <poststelle@stmj.bayern.de>
- Bayerisches Staatsministerium Pressestelle <presse@stmj.bayern.de>
- Ministerium der Justiz <poststelle@jum.bwl.de>
- Ministerium der Justiz Presse <pressestelle@jum.bwl.de>
- Hessisches Ministerium <poststelle@hmdj.hessen.de>
- Hessisches Ministerium Presse <pressestelle@hmdj.hessen.de>
- Bundesministerium der Justiz Presse <presse@bmj.bund.de>
- Bayerischer Oberster Rechnungshof <poststelle@orh.bayern.de>
- Rechnungshof Baden-Württemberg <poststelle@rh.bwl.de>
- Rechnungshof Hessen <poststelle@rechnungshof.hessen.de>
- Anke Rehlinger <E-Maila.rehlinger@spd-saar.de>
- Marcus Hoffeld <stadt@merzig.de>
- Chefin der Staatsanwaltschaft <poststelle@senjustv.berlin.de>
- Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses <post@parlament-berlin.de>
- Berliner Beauftragte für Datenschutz <mailbox@datenschutz-berlin.de>
- RAin Nicole Müller <kontakt@ra-nicolemueller.de>
- Bundesrechnungshof <poststelle@brh.bund.de>
- Brandenburg Landesrechnungshof Brandenburg <poststelle@lrh.brandenburg.de>
- Bremen Rechnungshof <office@rechnungshof.bremen.de>
- Hamburg Rechnungshof <rechnungshof@rh.hamburg.de>

- Mecklenburg-Vorpommern Landesrechnungshof <poststelle@lrh-mv.de>
- Niedersachsen Landesrechnungshof <poststelle@lrh.niedersachsen.de>
- Nordrhein-Westfalen Landesrechnungshof <poststelle@lrh.nrw.de>
- Rheinland-Pfalz Rechnungshof <poststelle@rechnungshof.rlp.de>
- Saarland Rechnungshof <oststelle@rechnungshof.saarland.de>
- Sachsen-Anhalt Landesrechnungshof <poststelle@lrh.sachsen-anhalt.de>
- Schleswig-Holstein Landesrechnungshof <poststelle@lrh.landsh.de>
- Thüringen Thüringer Rechnungshof <poststelle@trh.thueringen.de>
- Publix c/o CORRECTIV <hinweise@correctiv.org>
- Anne Fromm, Ressortleiterin Reportage & Recherche <afromm@taz.de>
- @correctiv.org) • Anne Fromm, Ressortleiterin Reportage & Recherche (afromm@taz.de) • Daniel Schulz, TAZ Reporter <das@taz.de>
- investigativstation <post@investigativstation.de>
- Daniel Drepper <daniel.drepper@proton.me>
- Bundespräsident <bundespraesidialamt@bpra.bund.de>
- Bundeskanzler <poststelle@bk.bund.de>
- Bundeskanzler Internetpost <internetpost@bundesregierung.de>
- Bundestagspräsident <mail@bundestag.de>
- Spitzenpolitiker <friedrich.merz@bundestag.de>
- Bundesgerichtshof BGH <poststelle@bgh.bund.de>
- Bundesverwaltungsgericht BVerwG <poststelle@bverwg.bund.de>
- Präsident/in des Bundeskriminalamtes <info@bka.de>
- Präsident/in des Bundesamtes für Verfassungsschutz <poststelle@bfv.bund.de>
- Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof <poststelle@generalbundesanwalt.de>
- Deutsche Presse-Agentur <info@dpa.com>
- ARD-aktuell / Tagesschau <redaktion@tagesschau.de>
- ZDF-Chefredaktion / heute-journal <info@zdf.de>
- Spiegel Redaktion <spiegel_online@spiegel.de>
- SZ <politik@sz.de>
- FAZ <briefe@faz.de>
- Amtsgericht Lichtenberg <poststelle@ag-lb.berlin.de>
- Amtsgericht Charlottenburg <Poststelle@ag-ch.berlin.de>
- Amtsgericht Mitte <Poststelle@ag-mitte.berlin.de>
- Amtsgericht Gesundbrunnen <verwaltung@ag-we.berlin.de>
- Amtsgericht Pankow <poststelle@ag-pw.berlin.de>
- Amtsgericht Tiergarten <verwaltung@ag-tg.berlin.de>
- Amtsgericht Neukölln <poststelle@ag-nk.berlin.de>
- Amtsgericht Schöneberg <Poststelle@ag-sb.berlin.de>
- Amtsgericht Spandau <poststelle@ag-sp.berlin.de>
- Amtsgericht Köpenick <poststelle@ag-kp.berlin.de>

9 Anhänge

Antragschreiben AG Kreuzberg 13 08 2026.pdf
24 KB

Antragschreiben AG Kreuzberg OLG Senatsverwaltung 13 08 2026.pdf
21 KB

Antragschreiben Bundesverfassungsgericht 13 08 2026.pdf
29 KB

Antragschreiben Kammergericht 13 08 2026.pdf
28 KB

Befangenheit Neuhaus eBO Eingang 6 und weiteres.pdf
259 KB

Hinweisschreiben Senatsverwaltung Bundesverfassungsbeschwerde 13 08 2026.pdf
23 KB

Staatsanwaltschaft Strafanzeige Neuhauss Abel 20260722 0001.pdf
2 MB

Befangene_Richter_in_entscheidet_weiter_aus_Willkuer_20260812_0001.pdf
912 KB

Kammergericht_Antwort_12_08_2026_20260812_0001.pdf
780 KB